

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post erl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Mitgliedsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seither Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pf. für die einspaltige
Petition oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einwendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 25.

Sonnabend, den 21. Juni 1919.

23. Jahrgang.

Lohnbewegungen

Über den Abschluss einer Lohnbewegung ist sofort zu berichten, die Mitteilungen müssen kurz und klar formuliert sein. Dauerverträge werden nicht veröffentlicht. Wird die Aufrechterhaltung einer Sperrre verlangt, so muss allmähtlich darüber berichtet werden.

Den Arbeitgebern zur Nachahmung empfohlen: Lübeck. Herr L. Brünn, Lübecker Granit- und Marmorwerk, vorm. Mettner u. Brünn, gewöhnte freiwillig seinen Arbeitern bei Fortzahlung des Lohnes 8 Tage Ferien, wenn sie 2 Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Die Ferien sollen je nach der Dauer der Beschäftigung bis zu 14 Tagen erhöht werden.

Leipzig. Im hiesigen Hotel „Sachsenhof“ haben am 17. Juni die gemeinsamen Beratungen über den zu schaffenden Reichstarif für die Granitschleifereien begonnen. Von den Granitindustriellen sind ca. 12 Vertreter anwesend aus den in Betracht kommenden Bezirken des Deutschen Reiches. Von unserer Seite sind 10 Vertreter anwesend aus denselben Bezirken wie die Arbeitgeber. Vom Verband Deutscher Granitwerke nimmt Herr Direktor Fr. a. n. l. e. Karlsruhe an den Verhandlungen teil, von unserer Verbandsleitung der Vorsitzende Kollege Staudinger und Redakteur Siebold. Die Gauleitung des Fichtelgebirges ist durch Kollege Schmidt d. Wunsdorf vertreten. Die Verhandlungen werden geleitet vom R. e. g. i. r. u. u. und B. a. r. a. t. H. e. r. r. Max Guth, vom Ministerium für öffentliche Arbeiten, beauftragt zur Leitung der Beratungen vom Reichs-Arbeitsminister. Wir wünschen den schwierigen Beratungen besten Erfolg. Es ist eine volle Woche für die Verhandlung vorgesehen.

Weiteres Mainatal. Die Kollegen des unteren Mainitals sind mit Recht empört, weil die in Frage kommenden Unternehmer die Forderungen, die ihnen bereits Ende März gestellt wurden, erst am 26. Mai zur gemeinsamen Verhandlung brachten! Stattdessen nur die Forderungen von 1.20 bzw. 1.25 M. pro Stunde für Steinmeisen und Brecher zur Grundlage der Verhandlung zu nehmen, kamen sie mit dem Anfangen, den sächsischen Landestarif und — 65 Prozent Leistungszulage für das untere Mainatal einzuführen. Dieses Anstossen wurde abgelehnt und die Forderung nunmehr auf 1.50 bzw. 1.40 M. pro Stunde erhoben. Etwa mehr Verständnis für die Zeitverhältnisse müssen die Unternehmer dort schon zeigen.

Dortmund. Mit der Firma Westdeutsche Marmour- und Granitwerke konnte keine Einigung erzielt werden. Der Schlichtungsausschuss ist angerufen worden. Die Verhandlung brachte auch dort keine Einigung. Die Firma ist gesperrt.

Köln. Am 10. Juni sind 150 Kollegen der Sandstein- und Marmorbranche in Streit getreten. Verhandlungen sind eingeleitet.

Kiel. Laut Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 20. Januar sind die hiesigen Steinarbeiter als Bauarbeiter anerkannt und auch auf deren Tarif festgelegt. Nun erhalten die Bauarbeiter ab 1. Juli 2.50 M. Stundenlohn, den uns zu zahlen die Arbeitgeber der Steinindustrie sich weigern. Die Lohnkommission, die es zu regeln versuchte, wurde von den Plänen gewiesen. Die Angelegenheit ist dem hiesigen Lohnamt zur Regelung übergeben. Bis dahin ruht die Arbeit. — Ob letzteres faktisch richtig ist, befreiten wir entschieden, denn nach dem Schiedsspruch vom 20. Januar liegt die Sache klar und eine Nachzahlung vom 1. Juli ist damit garantiert. Die Arbeitseinstellung scheint von wenig Vertrauen in die Sache selbst getragen und auch im Übereifer beschlossen zu sein. Riedelstein.

Zwickau. Der Stundenlohn ab 1. Juli beträgt 2.40 M., die Auslösung für anständige Friedhofsarbeiten 1.50 M. pro Tag.

Bayerischer Wald. Für die Orte des Bayerischen Waldes ist die Leistungszulage ab 15. Juni auf 120 Prozent erhöht.

Dresden-Pirna. Für das Gebiet des Gottliebatal ist die Leistungszulage stufenweise um 10 Prozent von 70 auf 100 Prozent und für das Postaer Gebiet in derselben Weise von 100 auf 120 Prozent erhöht. Die Leistungszulage für die Granitsteinmeisen bei der Firma Schilgen in Löbtau konnten um weitere 10 Prozent verbessert werden.

Freiberg i. S. Der Stundenlohn für Steinmeisen beträgt 2 M., vom 1. Juli ab 2.25 M.

Tuffsteingebiet (Mheinland). Die Lohnbewegung im Gebiet ist beendet. Es kommen erneut 75 Prozent Leistungszulage in Betracht. Vom 1. Juli beträgt dann der Gemeinsatzschlag 150 Prozent.

Immenningen i. Bad. Der Tarifabschluß vom 16. Mai brachte uns folgende Lohnregelung: Hilfsarbeiter von 18 bis 25 Jahre 1.30—1.50 M., über 25 bis 60 Jahre 1.40 bis 1.60 M. Die Akkordsätze der Pflastersteinhauer wurden um 100 Prozent erhöht. Spalter erhalten pro Stunde 2 M.

Obbendorf. Die Sperrre bei der Firma Bereiterling ist aufgehoben; dagegen die Firma Fr. Braunschweig wegen Nicht-Anerkennung unseres Tariftarifs gesperrt.

Chemnitz. Ab 15. Juni beträgt der Stundenlohn für Sandsteinmeisen 2.35 M., im übrigen die neuen Vereinbarungen über den sächsischen Landestarif.

Augsburg. Für die Städte Dillingen, Lauingen und Höchstädt konnte am 1. Juni erstmals ein Vertrag mit den dortigen Geschäftsmännern abgeschlossen werden; dennoch erhalten Steinmeisen 2 M., Schleifer 1.55, Hilfsarbeiter 1.45 Mark und jugendliche unter 17 Jahren 1.10 M. Stundenlohn. Sonnabends ist mittags Schluss mit der Arbeitszeit.

Symptome des Staatsbankrotts!

Von Dr. Oskar Stille, Dozent an der Humboldt-Hochschule in Berlin.

Die Frage, ob bei uns in Deutschland der Staatsbankrott ausbrechen wird oder ob er vermieden werden kann, wird von vielen gestellt. Wer sie stellt, zeigt von vornherein Einsicht in die gegebene Lage und ich möchte sagen von einer gewissen Naivität des Denkens. Denn wir befinden uns bereits mitten in einem Zustand, der alle Zeichen des Bankrotts an sich trägt. Wenn daher Professor Julius Wolf in einem Artikel über finanzpolitische Selbsttausumung im Tag vom 30. April 1919 durch das Mittel einer Auflösung weiter erklärt: „Ein Versicht auf große indirekte Steuern würde den Staatsbankrott unausweichlich machen“, so liegt darin in G. offenbar eine Verkennung derjenigen Symptome, die gegenwärtig bereits als Ausdruck indirekter Zahlungsfähigkeit wirtschaftlich in die Erscheinung treten. Und diese Selbsttausumung besteht nicht nur in nationalökonomischen Kreisen, sondern ist weit darüber hinaus verbreitet. Man glaubt, die Zukunft werde erst darüber entscheiden, ob der Staatsbankrott eintrete und diskutiert darüber, ob unsere Wirtschaft die Lasten werde tragen können, die die Kriegsentnahmungen über sie verhängen.

Und doch stehen wir, wie gesagt, bereits in der Gegenwart mitten im Staatsbankrott. Seine Kennzeichen treten allerdings nicht offen und nackt hervor, sondern verschleiert. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwerfällt, die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen sich unter Staatsbankrott einen Zustand vor, der in der Weise auftritt, daß beispielsweise jemand, der 10.000 M. sein eigen nennt, möglich am nächsten Morgen, wenn er erwacht, nichts mehr hat — oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig sein Gehalt erhält, mits. oder nur einen Teil des selben bekommt — oder daß der 5-Milliarden-Tribut, den der Befehlsherr des Reiches erfordert, nicht mehr entrichtet wird; all das würde eine offenkundige Zahlungseinstellung des Reiches und zu einer Katastrophe führen, deren Folgen man sich schwer vorstellen kann. Weil sich nun der Vorgang, um den es sich hier handelt, nicht in dieser Weise vollzieht, glauben viele, daß der Staat nach wie vor salvent sei und überhaupt allen seinen Verpflichtungen nachkomme, daß also vorläufig wenigstens von einem Bankrott nicht die Rede sein könnte. Sie erkennen das Wesen des Zustandes nicht, in dem sie leben, trotzdem sie seine Folgen und Leiden täglich verfügen.

Ein offener Bankrott, wie er früher vorauskommen pflegte, trat in der Weise auf, daß der Staat auf den verschiedensten Gebieten seine Zahlungen einstellte. So war es in Preußen nach der Niederlage des Jahres 1806. Die Beamten erhielten nur noch Teile ihres Gehalts, den Rest mußten sie dem Staat stunden. Der Befehlsherr der Staatschuld wurde redigiert und auch andere Staatsverpflichtungen konnten nicht erfüllt werden. Solche offenen Staatsbankrotte hat es in der Geschichte fast aller Staaten in früheren Zeiten gegeben. Länder, die heute glänzend dastehen, wie z. B. Argentinien, gehörten noch im Anfang der 1800er Jahre zu den insolventen Schuldnern. Von den Staaten der Gegenwart ist es die Sovjet-Republik, die in unzweideutiger Form den offenen Staatsbankrott erklärt hat, indem sie große Geldbeträge wertlos macht, die Anleihen annulliert usw. Aber in anderen vom Kriege heimgesuchten Ländern, zu denen Deutschland gehört, meldet sich dieses Gespenst in anderer Form an. Es tritt nicht offen, sondern verschleiert vor. Diese für unser gegenwärtiges Staatswesen charakteristische Form des Bankrotts haben wir jetzt näher zu betrachten.

Seine Kennzeichen sind andere als die der unmittelbaren Zahlungseinstellung. Wir sehen ja, wie jetzt während der Revolution die Notenpreise arbeiten und die Geldmittel geschaffen werden, um alle Verpflichtungen zu erfüllen; der Befehlsherr ist aufrichtig erhesten, die Ruppons werden eingelöst und kein Beamter braucht auf sein Gehalt auch nur eine Stunde länger zu warten als bisher. So das Reich zahlt sogar den Arbeitslosen gewaltige Unterstützungen aus, unterhält eine sehr kostspielige Militärmacht und gibt auch sonst für die verschiedensten Zwecke Geld aus, das prompt gezahlt wird.

Wollen wir uns über den heutigen Zustand verstehen, dann müssen wir die Symptome des prekären Bankrotts aufsuchen, der in großen Partialwirkungen unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens heimisch und in den letzten Jahren die Gegenwart ruft.

Das wichtigste Kennzeichen desselben ist die Entwertung unseres Geldvolumens: die unaufhaltbare Entwertung der deutschen Reichsmark. Aber wohlgemert: nicht das Sinken unseres Valutas an sich ist ein Zeichen des Staatsbankrots, denn es besteht auch in anderen Ländern, deren Finanzsystem noch gesund und intakt ist, jondern die Tatfrage, daß der Staat diesem Sinken bei uns nicht mehr Einhalt zu gebieten vermag, daß er erprungen ist, die Ressourcen immer weiter in Bewegung zu setzen und dadurch der Entwertung immer weiteren Vorschub zu leisten. So ist es gekommen, daß das deutsche Gold im Ausland 300 Prozent unter der Friedensparität steht, d. h. 3 M. zur Zeit eigentlich noch weniger wert sind, als früher 1 M. Dem entspricht auf der anderen Seite ein unerhebliches Goldgeld, eine immer größer werdende Differenz zwischen Papier und Metall.

Diese Geldentwertung hat zur Folge, daß der Staat aus eigener Kraft immer weniger fähig wird, im Ausland genügend Rohstoffe einzukaufen, um die Bevölkerung zu ernähren und genug Handelswaren, um die Industrie zu speisen und in Gang zu setzen. Er kann es noch, aber unter unerhöhten Opfern und durch Mittel, die seine finanzielle Abhängigkeit weiter vermehren. Das Reich ist also nur imstande, um den Preis eines gewöhnlichen Griffschalls, den es dem Ausländen gegenüber zu entrichten hat, und die ein haben Masse prohibitiv wird, einen Import überhaupt zu ermöglichen.

Der maskierte Staatsbankrott kommt weiter zum Ausdruck in der Bewertung der Kriegsanleihen. Es gelingt nicht mehr, durch staatliche Intervention den Kurs zu halten. Allerdings zahlte vor dem Bekanntwerden des Friedensvertragsmärktes die Reichsbank für kleine Beträge noch einen Preis von 57,2 Prozent. Seit dem 26. Mai aber beträgt der Aufschlussatz nur noch 50 Prozent, und zwar für Beträge von 2000 M., wobei der Veräußerer nachzu-

weisen hat, daß er Zeichner der Anleihe war. Im freien Markt notierten die Kriegsanleihen damals nicht viel über 80 Prozent. Am 20. Mai war der Kurs auf circa 73 Prozent gefallen! Es ist mir Sicherheit anzunehmen, daß er weiter sinken wird. Damit tritt eine automatische Verminderung der Staatschuld ein. Rechnen wir einmal an, der Ausfall würde 30 Prozent betragen, dann würden die nahezu 100 Milliarden Mark Schuldenrückzahlungen nur noch circa 70 Milliarden wert sein und diese Verflüchtigung ungeheure privater Vermögensbestände würde ohne jede offizielle Annahme gleichsam von selbst, durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, vor sich gegangen sein.

Aber auch in bezug auf die Verpflichtung des Reichs, die Kriegsanleihen zu verzinsen, werden bereits die ersten Symptome des Bankrotts sichtbar. In dem neuen Steuerprogramm der Regierung befindet sich eine 10prozentige Kapitalertragssteuer, deren Ergebnis auf 1,3 Milliarden geschätzt wird. Das bedeutet eine effektive Herunterziehung der in Schulverschreibungen verbreiteten Staatsverpflichtungen um ein Drittel. Der bis 1924 als fest garantierter Zins der Kriegsanleihe bleibt zwar nominell auf 5 Prozent bestehen, in Wirklichkeit aber beträgt er, wenn die Steuer eingeführt wird, nur noch 4½ Prozent, und das ist sicher erst der Anfang der Zinsreduktion; denn der Rücktabetrag ist auf die Dauer nicht aufzuhalten.

Der verschleierte Staatsbankrott tritt weiter in der Impotenz des Reichs und der Einzelstaaten zugleich, das Gehalt ihrer Beamten mit den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Die Feindseldeute sind die wesentlichen Leidtragenden der neuen Zeit. Denn der Staat, der die Garantie eines gewissen Standard of life seiner Beamten übernommen hat, ist nicht mehr imstande, seiner Verpflichtung zur Aufrechterhaltung desselben nachzukommen, ihnen ein Gehalt zu zahlen, das in einem erträglichen Verhältnis zu den Preisen der Lebensnotwendigkeiten und den Anforderungen ihrer Lebenshaltung steht. Die Regierung hat das auch offen zugestanden. So heißt es z. B. in einer Erklärung des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten an den Deutschen Eisenbahnverband (Mai 1919): „Angesichts der schwierigen Lage, in der sich gegenwärtig der weitaus größte Teil der Bevölkerung befindet, ist das Streben der Eisenbahner nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse als durchaus berechtigt anzuerkennen. Dies auf dem Wege einer Erhöhung des Einkommens herbeizuführen, ist aber für den Staat unmöglich. Die hierzu erforderlichen Mittel aufzutragen, ist er gänzlich außerstande.“ In dieser Begründung liegt nichts anderes als das Eingeständnis des Bankrotts.

Hand in Hand mit der durch den Krieg und die Maßnahmen zur Aufbringung der notwendigen Mittel hervorgerufenen völligen Verfälschung der wirtschaftlichen Verhältnisse geht eine unerträgliche Erscheinung, die verläßlich von unserer Bevölkerung nicht erkannt und nur von wenigen begriffen wird: die Aufzehrung des privaten Reichtums durch die öffentlichen Körper. Wie leben gegenwärtig in einer Zeit, in der es zwar noch nominell, aber nicht mehr de facto reiche Leute gibt. Denn das Vermögen und Einkommen aller derjenigen, die es nicht inzwischen im Auslande in Sicherheit gebracht oder es in ausländischen Staatspapieren und Aktien angelegt haben, — die ja aber auch zum größten Teil imposiven der Beschlagnahme durch das Reich verfallen sind — oder es faktisch durch verschleierte Bilanzierung und andere Maßnahmen zu verbergen verstanden haben, ist durch eine große Reihe von Forderungen in so hohem Maße vorbelastet, daß eigentlich kaum noch etwas übrig bleibt. Diese Forderungen stellen eine Menge von Hypotheken dar, deren Größe noch gar nicht berechnet werden kann. Hierher gehören als erster bevorzugter Posten die Einschädigungsansprüche der Entente, die Kriegsunterstützungsansprüche der Verbündeten, Witwen und Waisen der Gefallenen, der Schulden- und Finanzdienst des Reichs, der Einzelstaaten und Kommunen usw. Diese hypothekierten Vermögen- und Einkommensquoten verändern alle Kapitalitäten in Erfolgsrichtung.

Das alles sind Symptome des heutigen bestehenden Zustandes unserer wirtschaftlichen Lage und der mit ihr auf Gedeh und Verderb verbundenen Staatswesen. Ob sie sich vermehren oder vermindern werden, steht dahin. Ich glaube jedoch nicht, daß der Schleier, der die Finanzlage umhüllt, durch die Erklärung des offenen Staatsbankrots rücksichtslos weggerissen werden wird. Denn dies könnte das Ideal nur verschärfen. So würde sicherlich z. B. die Annulation der Kriegsanleihen, obgleich sie das Reich von einem gewaltigen Passivposten befreite, katastrohal folgen haben. Die politische Aufgabe der Regierung kann daher nicht darin bestehen, den Zustand durch solche Maßregeln zu verschärfen, sondern darin, den verschleierten Bankrott zu organisieren und Maßnahmen zu treffen, die seine Folgen ökonomisch auf ein Minimum reduzieren. Die ganze Staatskunst der Gegenwart wird sich darauf konzentrieren müssen, die Neuordnung der Finanzen in die Wege zu leiten und so im Rahmen des Möglichen den Sanierungsprozeß vorzubereiten. Diese Sanierung unter dem Druck der ungeheuren internationalen Last der Friedensbedingungen durchzuführen, ist jetzt die gewaltige, fast die Kräfte eines Genius überzeugende Aufgabe, die dem neuen Reichsfinanzminister zu lösen steht.

Eine Zurückweisung.

Bei der Demokratisierung, wo Millionen ins Wirtschaftsleben zurückkehren und davon heute noch Hunderttausende arbeitslos sind, waren 1. Reich, Einzelstaaten und nicht zuletzt die Kommunen eifrig bemüht, die Arbeitslosen unterzubringen. Dabei ist den Arbeitslosen sehr oft Beihilfe gewährt worden, die gegenwärtig nicht mehr verliehen werden kann. Der früher übliche Maßstab der Rentabilität nicht angelegt werden kann, unter den gegebenen Verhältnissen einzig nicht angelegt werden darf. Uns fällt bekannt, wo einzelne Gemeinden in dieser Arbeitsnot, alte, längst stillgelegte Betriebe, selbst in Betrieb genommen haben, um mit dem durchgekommenen Steinmaterial die Gemeindestraßen auszubessern oder auch neu zu bauen. Die Arbeiter, die gerade arbeitslos waren, wurden dazu herangezogen, lebt oft Arbeitslose aus anderen Gemeinden, also ungeachtet in der Steinzweig, ungeachtet in der ganzen Haftierung mit Steinen. Hierdurch wurde erklärtlicherweise die ganze Arbeit erheblich verteuert. Aber die betroffenen Gemeinden haben die Arbeit erheblich verteuert. Aber die betroffenen Gemeinden haben die Arbeit erheblich verteuert, eben um die wirtschaftliche Not ihrer arbeitslosen Gemeindeangehörigen zu mildern. Das sind Maßnahmen, die anzuerkennen sind, aber wo ist den Betreiber den kein besonderer Dan gebührt, dem unseres Großteils ist es einfache Wirtschaft jetzt, die betreut sind, die Interessen der Gemeindeangehörigen zu vertreten.

2. Sit der Demokratisierung warten die Arbeitgeber durch rechtsgerichtige Verfügungen angehalten, möglichst die früheren Arbeiter

Solnhofener Aktien-Verein in München und Solnhofen. Das Unternehmen weiß nach Erledigung des Verlustvertrages aus den Kriegsjahren in Höhe von 48 542 M. noch Abschreibungen von 15 417 M., die zu Rückerstattung von 84 027 M. auf. Es sollen 6 Proz. Dividende zur Rückerstattung gelingen, im Gegensatz zum Vorjahr, wo null im Jahre 1918.

Pfalz-Saarländische Karstein-Industrie A.-G. Landau (Pfalz). Die am 1. Juni 1918 neu gegründete Gesellschaft erzielte in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1918 einen Gewinn von 67 111 M., aus dem ein Dividende von 6 Prozent verteilt wird. Die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Millionen Mark wurde beschlossen.

Erneuerung und Verteilung von Lebensmitteln und Bedarfsmitteln. Das Ziel ist das Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, das sich als Vereinigung dieses Verbandes und den Gewerkschaften der Bediensteten, Handelsgehilfen und Transportarbeiter und der Gewerkschaften der Gewerkschaften Deutschlands zusammensetzen, für die am 1. und 2. Juni abgeholten Sitzung, in der es gehofft war, eine weitere erhebliche Erhöhung der von den Konsumgenossenschaften zu erwartenden Tevergütungen vorzunehmen, nach gefundene Klausur über Urteile und Beschlüsse der verschiedenen Kommissionen einstimmig folgenden Beschluss:

Die Delegierten wünschen der Generalversammlung des Gewerkschaften, dem Zentralverband und der Großen Kaufsgesellschaft deutscher Verbraucher, dass sie sich in Fortsetzung ihrer bisherigen Bemühungen bemühen, die den bestehenden Reichsstellen auf die Gestaltung der Gewerkschaften und die zweckmäßige Verteilung vorbereitende Kommissionen von Lebensmitteln und Bedarfsmitteln zu erläutern, sofern sie keine mehrere Einigung der Verhandlungen, welche hierunter einzuholen sind.

Zentralvorstands-Bekanntmachungen.

Der Artikel "Zentralvorstand" liegt das Abrechnungsformular für das 2. Quartal vor. Die Abrechnungskästen sind gebeten, für spätere Ausfüllung zu richten, ebenso darum zu ordnen, dass die entsprechenden Kästen nicht weitergegeben werden.

Um einen schnelleren bei der Überprüfung des Abrechnungsformulars zu erhalten, richten wir um Mitteilung, damit es sofort zurückgesandt werden kann.

Zu dieser zweiten Seite von Freien lieben andere Kollegen in Gedenkung. Sie würden darauf aufmerksam, dass Streit nur dann entspringt, wenn Kollegen in den einzelnen Dingen auf den Verlust unterschreiten, ihre Sache vor die zuständigen Steinbrunnenanstalten zu bringen. Die Kollegen müssen sich darum bemühen, die Schlichtungsmaßnahmen zur Entscheidung einzutreten. Unter den jeweils Verhältnissen ist es nicht leicht anzugeben, dass erneut in der Streit eintreten wird, ohne vorher den Schlichtungsmaßnahmen eingefordert zu haben.

Die Abrechnungen werden erlaubt, vornehmend zu beachten, denn Gedenkungswahl wird nur dann gewährt, wenn den Vermittlungsstellen einen Aussicht zu schaffen nicht möglich war. Der Verstand wird die Rechte der Kollegen jederzeit in der nachdrücklichsten Weise vertreten, aber mit den sogenannten wilben Streits, die nicht auch noch über die Köpfe der Kreisverwaltung hinweg verloren, muss Zwischen gehen werden. Die Kreisverwaltungen dürfen sich in der Artikulation der Lohnabrechnung die Führung nicht aus den Händen ziehen lassen.

Auf Wunsch des Verbandsvorsitzenden und Verbandsausschusses wird mit Wirkung ab 2. Juni die Streit- und Maßregelungsunterstützung um 50 Prozent erhöht. Diese Erhöhung kommt auf die Streitunterstützungssätze, wie sie im neuen Statut festgelegt sind. Es können aber nur die Fälle diese erhöhten Sätze auszahlen, die ihre Differenzen ordnungsgemäß vor die Schlichtungsmaßnahmen gebracht haben. Wir müssen darauf dringen, dass die Schlichtungsmaßnahmen unter allen Umständen angewendet werden müssen. Ansonsten hielten wird darauf verzichten, dass ab 1. Juli die Beitragssatzung laut Artikel § 4, Absatz 2, wieder in Kraft tritt. Sie ist daher nun zu beachten in Anwendung, sofern sie nicht aufgehoben.

Bei allen Konkurrenzfällen, wo die Mitglieder Anspruch auf Gedenkungswahl erheben, ist folgendes von den Kassierern zu beachten:

Alle Konkurrenzfälle sind mit Formular I bei dem Zentralvorstand einzutragen!

Das Zentralvorstand bestimmt folgendes:

1. Die Erfahrung des Mitgliedes in innerhalb einer Woche dem Arbeitsaufenthalter zu richten. Bei späterer Meldung als sieben Tage wird der Tag der Rücksicht als erster Konkurrenztag gerechnet.

Die Meldung durch die Kästen an den Zentralvorstand hat innerhalb eines Monats zu geschehen.

2. Die Rücksichtung besteht pro Tag 1 M. Die Erwerbslängigkeit der ersten drei Tage — in allen Fällen — wird nicht unterschritten. Von diesen Tagen zu fünf Minuten werden:

bei Zentralvorstand: Bezeichnung bis 6 Wochen, Höchstzeit 30 M.

10 12 14 16 18 20 22 24 26 28 30 32

Bei diesen Zeiträumen und dazwischen erhalten pro Tag 50 Pf. Bezugspunkt vom niedrigeren Bezeichnungen wie für die männlichen Kästen. Dies führt zu 15, 21, 27, 33 M.

Es steht immer noch eine Anzahl Berichtsbogen aus betreffs Durchführung des Arbeitsuntersuchung. Wir ersuchen um schnelle Übergabe.

Bekanntmachungen der Zahlstellen.

Augsburg. Der Betrieb des Großmüller wird den Verbandsmitgliedern zur Bewertung entliehen; durch sein Betragen und Schaffensleben hat ihm zahlreiche Kollegen ernstlich erachtet, dass unter Verfassung hat er eine Gütekennzeichnung von 15 bis 19 M. erreicht.

Königsberg i. Pr. Die arbeitsmarktrelevanten Praktiken wollen sich jetzt für die Arbeitsmarktrelevanten treffen.

Duisburg. Es steht ergeben, dass der Betrieb des Betriebes Kaiser, Körner & Co. am 26. Juni 1918 zu Schlosser, Schlosser & Co. übertragen wird.

Adressenänderungen.

I. Gen.

Herrenmeister 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16. Hoffmann, Dr. 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16.

V. Gen.

Herrenmeister 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16. Hoffmann, Dr. 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16. Hoffmann, Dr. 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16.

VI. Gen.

Herrenmeister 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16. Hoffmann, Dr. 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16.

VII. Gen.

Herrenmeister 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16. Hoffmann, Dr. 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16.

VIII. Gen.

Herrenmeister 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16. Hoffmann, Dr. 1. Hof, Berlin, Charlottenburg, 16.

Abrechnung der Zahlstellen

vom 1. Quartal 1919.

Anzeigen

Districtskonferenz für die Zahlstellen im rheinisch-westfäl. Industriebezirk.

Am Sonntag, dem 22. Juni, mittags 12½ Uhr, findet in Essen, im Lokal des Herrn Beder, Annastraße 66 Almstraße, eine Districtskonferenz statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Agitation, Organisation und Lohnbewegungen im Bezirk. Referent: Gauleiter Kollege Adolf Herrmann, Köln. — 2. Diskussion.

Die Fahrt und Fahrkosten sind aus der Ortskasse zu bezahlen. Verpflegung müssen die Delegierten mitbringen.

Das übermittelte Rundschreiben der Gauleitung ist zu beachten.

Die Gauleitung, Gau V Köln, i. A.: Adolf Herrmann.

Berlin.

Sonntag, den 22. Juni 1919, mittags 1 Uhr im

Gemeinschaftshaus, Engelstaat 15, großer Saal

Rombierte Versammlung.

Tagesordnung: I. Die Verhandlung mit den Unternehmen über die Revision unsres Tarifes und wie stellen sich die Kollegen dazu? II. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen zur Kenntnis, dass für das Frankfurter Bierfeld, O 112, Blumenstr. 37 bei M. Brandt und für Wedding, Turinerstr. 25, Ecke Amsterdamer Str. bei Ph. Jähne eine Zahlstelle wieder eröffnet ist.

Hessisches-Zeichen-Atelier f. moderne Grabmalsschäfte Eisen(Ges.) Sicherstr. Nr. 37

Rehbach - Steinhauerbleistifte

liefern zu billigen Preisen

AUGUST LAU, BERLIN, Kirchstraße Nr. 6.

Tüchtige Steinmetzen

gesucht. Tariflöhne.

Grabsteingeschäft Quirbach, Betzdorf (Sieg).

Ein Steinmetz welcher im Schriftbauen und

Verzierungssarbeiten bewandert ist, erhält dauernde Stellung. Neue heizbare Arbeitsräume.

Eggert & Wilborn, Fallersleben in Hann.

3 bis 4 tüchtige Steinbrecher und etwa 10 tüchtige Steinhauer

für neu abgeschlossenen Akkordtarif oder Stundenlohn von 2,50 M. für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

H. Buchmeyer, Steinhauerei, Herdecke in Westf.

Telephone 2378 Amt Hagen.

Marmormaschinenschleifer, Marmorsäger, Schriftbauer, Steinmetzen, Granitschleifer,

werden in dauernde Stellung gesucht. Der Wohnungsnachhalber wollen sich nur Unverheiratete melden.

Stettiner Steinindustrie G. m. b. H. Stettin

Steinmetzen

für Hart- und Weichgestein stellt ein

Bruno Merkel, Liegnitz, Granit- und Marmorwerk.

Tüchtige Granitsteinhauer

können sofort eintreten.

Franz Dachtler, Granitgeschäft, Neustadt, Baden (Schwarzwald)

Tüchtiger Steinmetz

der auch Schrift hauen kann, für dauernd gesucht

Wlh. Hellmann, Bildhauer und Grabsteingeschäft, Tarnowitz, O.Sch.

Gesucht tüchtiger Marmorschleifer

für Schleudermaschine, der selbständig arbeitet und gute Politur liefert.

Johannes Schmidt, Hamburg 22, Rathenort 32.

Zu sofort

2 tücht. Granit-Steinmetzen

gesucht, Stundenlohn 2,30 M.

Gebr. Zachow, Lübeck, Bild- u. Steinhauerei.

Ein Steinmetz für Grabsteinarbeit

gesucht, für Kost und Logis ist gesorgt.

Fritz Heuser, Steinmetzstr. Vlotho a. d. Weser.

Steinmetzen u. Bildhauer

für Bau- und Grabmalssarbeiten in Rochlitz

Porphyrs und Sandstein stellen für dauernd ein

Vereinigte Porphyrrbrüche auf dem Rochlitzer Berg

bei Rochlitz i. Sa.

Gesucht sofort 2 bis 3 Steinmetzen

für Grabsteine. Dauernde Beschäftigung. Für Logis und

gute Verpflegung wird gesorgt.

H. Bätje & Sohn, Bild- u. Steinhauerei, Stade (Hann.)

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeige gut abgeweiht ist.

In Giersdorf am 25. März der Sandsteinbrecher

Hermann Sanke, 46 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In Gunnenthal am 12. Mai der Hilfsarbeiter

Christian Klein, 58 Jahre alt, an Tumorfalle.

In Strehlen am 5. Juni der Granitbrecher Johann

Elssner, 45 Jahre alt, infolge Kriegsverletzung.

Ehre ihrem Andenken!

Berantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Verlag von

Alois Staudinger, beide in Leipzig.

Redaktionsschreiber der "Freien Presse" Leipzig, Königstraße 5.

Literarisches.

Der neue Katalog ist so dass das 11. Heft vom 2. Band

des 31. Jahrgangs erschienen. Das dem Inhalt des Heftes haben

die Herausgeber: Ein Wort zur Sozialpolitik und

Wirtschaft und der Volkswirtschaft. Von A. J. Ledoe, I. — Ge-

meindebau und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Sozi-

alismus. Von Ferdinand Tönnies. — Philosophie und Bildungs-

arbeit. Von Hans Marchal. — Vermögensabgabe. Von Karl

Seeländer. — Die Jugendgeschichte eines Arbeiters. Von P. Lefèvre.

— Literarisches Fundkabinett: Bruno Frank, Von der Menschheit.

Von Paul Leiterreich.

Der neue Katalog erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle

Universalbüchereien, Postämtern und Buchhandlungen zum Preise von

650 M. des Bieterjahrs zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der

Post nur für das Bieterjahr bestellt werden. Das einzelne Heft

kostet 50 Pf.

Probexemplare haben jederzeit zur Verfügung.